Krankenpflege.

Zur Ausbildung der Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen.

Von Dr. Paul Jacobsohn in Berlin.

Es ist von sachverständiger ärztlicher Seite in den letzten Jahren wiederholt mit Nachdruck darauf hingewiesen worden, dass eine gedeihliche Ausbildung berufsmässigen Krankenpflegepersonales nur möglich ist, wenn die betreffende Ausbildungsstätte mit einem grösseren Krankenhause in Verbindung steht, damit die Schüler und Schülerinnen, die sich zum Krankenpflegeberufe vorbereiten, schon während des theoretischen Unterrichtskursus gleichzeitig mit der praktischen

Ausbildung am Krankenbette beginnen können. Ohne eine eingehende praktische Ausbildung in den Krankenzimmern selbst würde ein rein theoretischer Unterricht, auch wenn er noch so ausführlich und anschaulich erteilt würde, doch keineswegs nach modernen Begriffen ausreichen, um zur berufsmässigen Krankenpflege in erforderlicher Weise vorzubereiten. Erst dadurch, dass die Lernenden in nähere persönliche Beziehung zu den Kranken selbst treten, erhalten sie hinreichende Gelegenheit, den oft so schwierigen Umgang mit Kranken, die complicirten Verhältnisse des Hospitallebens sowie die vielfachen technischen Hülfeleistungen am Krankenlager genau kennen zu lernen. Je grösser dabei das für die praktische Ausbildung zur Verfügung stehende Krankenhaus ist, je modernere Einrichtungen es besitzt und je mehr es durch die in ihm enthaltenen verschiedenartigen Spezialabtheilungen Gelegenheit giebt zu einer möglichst vielseitigen Bethätigung in der Krankenpflege, um so geeigneter wird es für die praktische Ausbildung der Pflegeschüler und Pflegeschülerinnen erscheinen. Besonders prädestinirt sind daher für diesen Zweck die grösseren allgemeinen Krankenanstalten, wie sie sich als staatliche oder noch häufiger als städtische Wohlfahrtsinstitute in den bedeutendsten Städten des Landes vorfinden.

Von den meisten Seiten wird heutzutage für die eigentliche praktische Lehrzeit in der Krankenpflege mindestens die Dauer von einem Jahre gefordert, und es erscheint als das zweckmässigste, dass sich die in der Lehrzeit befindlichen Personen nach einander eine Zeit lang auf jeder der in dem betreffenden Hospital verfügbaren Sonderabtheilungen bethätigen. Bewährt hat sich die Einrichtung, bei dem Uebergang der Lernenden von einer Station zur andern eine bestimmte Reihenfolge einzuhalten und dabei mit der inneren Abtheilung zu beginnen, alsdann die chirurgische Station folgen zu lassen, hierauf die Kinderabtheilung, die Abtheilung für Infektionskranke und schliesslich die Irrenabtheilung. Für die weiblichen Personen würde auch eine Bethätigung auf der geburts-hilflich-gynäkologischen Abtheilung, wenn eine solche vorhanden ist, in Betracht kommen. Es würde demnach das Verweilen der Schülerinnen und Schüler auf den einzelnen Stationen durchschnittlich etwa zwei bis drei Monate betragen. Jedenfalls würde nach den in letzter Zeit seitens der Fachkreise übereinstimmend zu Tage getretenen Anschauungen und in Congruenz mit den neueren, auch im Auslande gewonnenen Erfahrungen eine praktische Lehrzeit von einem Jahre für die Krankenpflegepersonen als ein normales Minimalmaass der Ausbildung angesehen werden müssen, während hingegen manche Gründe sehr dafür sprechen und es als vorthellhaft erscheinen lassen, diesem eigentlichen Lehrjahre, in welchem die grundlegende theoretische und praktische Vorbildung gewonnen wird, noch ein weiteres obligatorisches Jahr praktischen Hospitaldienstes hinzuzufügen, in analoger Weise, wie man in letzter Zeit auch für die angehenden Aerzte die Einführung eines praktischen Jahres am Krankenhausbette neben der Universitätsvorbildung als unbedingt erforderlich erachtet hat. Es würde die gesetzliche Festlegung eines solchen pflichtmässigen praktischen Hospitaljahres im Anschlusse an das eigentliche Lehrjahr immer noch erheblich zurückbleiben hinter den sich auf den Zeitraum von drei vollen Jahren erstreckenden Forderungen, welche als Vorbedingung der Diplomirung der Krankenpflegepersonen sowohl von den renommtesten privaten Krankenpflegeschulen Deutschlands als auch des Auslandes (England, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Dänemark etc.), als auch noch in allerletzter Zeit seitens einiger Vertreterinnen der Frauenbewegung auf dem letzten Frauentage in Wiesbaden gestellt worden sind.

Wenn wir hier der in letzter Zeit lebhaft diskutirten Frage näher-treten wollen, inwiefern die Ausbildung der berufsmässigen Krankenpflegepersonen einer staatlichen Regelung zugänglich zu machen ist, so will es uns scheinen, dass man mit der letzthin erhobenen Forderung einer vollkommenen „Verstaatlichung“ des gesamten Krankenpflegewesens in Preussen, welche dahin führen soll, die Krankenpflegepersonen durchweg zu Staatsbeamten zu machen, das Ziel erheblich überholt hat. Was für die nächste Zeit bezüglich eines staatlichen Eingreifens in die Ordnung der beruflichen Krankenpflege mit Recht verlangt und erhofft werden kann und sehr erhebliche Vortheile für die Hebung des gesamten Krankenpflegeberufes gewähren dürfte, ist das, dass der Staat es sich angelegen sein lässt, unter Wahrung der bestehenden gut funktionirenden Institutionen zunächst einen Theil der fachlichen Ausbildung der Krankenpflegepersonen, und zwar in grösserer Ausdehnung, als dies bisher schon der Fall ist (Krankenwacht Schule der Königlichen Charité in Berlin), zu übernehmen und ferner die Ausbildungsweise in den bestehenden geistlichen und weltlichen privaten Lehrstätten in geeigneter Weise zu überwachen, eine Aufgabe, welche in Deutschland von E. Dietrich bereits im Jahre 1896 dem Staate vindicirt und in den folgenden Jahren von autoritativer Seite wiederholt als ein sehr erstrebenswerthes Ziel bezeichnet wurde.

Es hängt die Lösung dieser wichtigen und brennenden Frage aufs Engste zusammen mit der Einführung eines staatlichen Befähigungsnachweises für sämtliche Krankenpflegepersonen des Landes, mögen sie einem geistlichen oder weltlichen, einem con-

fessionellen oder interconfectionellen oder auch gar keinem Verbande angehören. Mit der Einführung eines derartigen staatlichen, einheitlich gestalteten Befähigungsnachweises würde der Staat eine ähnliche Fürsorge bezüglich der berufsmässigen Krankenpflege üben, wie er sie bereits hinsichtlich des ärztlichen Berufes zu dessen gedeihlicher Entwicklung seit langer Zeit durch die Approbationsertheilung entfaltet.

Mit vollem Recht hat man es als eine in der Gegenwart unab- weisbare Pflicht des Staates bezeichnet, die Erkrankten vor einer mangelhaften, unzureichenden Pflegeleistung seitens der Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen zu schützen, indem er einen Nachweis der Befähigung zur Ausübung der Krankenpflege verlangt und diese Befähigung durch eine entsprechende Nachprüfung controllirt. Wie ausserordentlich wichtig und zeitgemäss thatsächlich die Einführung eines staatlichen Befähigungsnachweises für alle Krankenpflegepersonen sein würde, erhellt auch daraus, dass diese Forderung in der aller- letzten Zeit in ganz übereinstimmender Weise von den allerverschieden- artigsten Seiten und Interessentengruppen erhoben worden ist. Und es kann wohl kein Zweifel darüber sein, dass die Durchführung dieser Maassnahme seitens des Staates nicht nur eine vorzügliche Gewähr schaffen würde für ein wünschenswerthes Niveau der gesamten be- ruflichen Krankenpflege, sondern auch, dass sie einen werthvollen und durchgreifenden Fortschritt bedeuten würde nach dem Ziele hin, die Ausbildung zur Krankenpflege im ganzen Lande einheitlich und zweckmässig zu gestalten und die störende Zersplitterung und Zer- klüftung und Ungleichmässigkeit der zahlreichen verschiedenartigen Pflegecontingente zu verringern.

Um diesem schönen Ziele einer einheitlichen Gestaltung der ge- sammtten beruflichen Krankenpflegekräfte näherzukommen, müsste nun aber ein staatlicher Befähigungsnachweis, verbunden mit einer Fach- prüfung, nicht nur für solche Personen eingerichtet werden, welche soeben erst beim Abschlusse ihrer Ausbildung angelangt sind, sondern auch für diejenigen Pflegepersonen, welche bereits seit längerer oder kürzerer Zeit im praktischen Krankenpflege- berufe sich bethätigen; auch diesen müsste die Möglichkeit ge- boten werden, gleichsam nachträglich das staatliche Befähigungszeug- niss zur Ausübung der Krankenpflege zu erwerben. Es ist eine be- kannte Thatsache, dass sich gegenwärtig, insbesondere in der Privat- pflege, eine nicht geringe Anzahl von Personen mit Krankenpflege beschäftigen, für deren ausreichende Vorbildung und Qualifikation in technischer wie ethischer Beziehung keine genügende Garantie sich darbietet. Aber auch für die Anstaltspflege macht sich bisweilen mit Recht der Wunsch geltend, durch eine entsprechende Einrichtung bessere Anhaltspunkte für die berufliche Eignung der Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen zu gewinnen. Wenn man auch im allge- meinen annehmen kann, dass die Mitglieder der anerkannten und wohl- renommirten geistlichen und weltlichen Krankenpflegegenossenschaften allen mit Berechtigung zu stellenden modernen Anforderungen ent- sprechen, und diese Annahme durch die langfristig bewährte Vorzüg- lichkeit der Angehörigen dieser Genossenschaften eine wirksame Stütze erhält, so bleiben doch hingegen noch sehr viele Personen übrig, welche die Krankenpflege als eine selbstständige Erwerbsthätigkeit ausser- halb der festgefügtten Genossenschaften betreiben. Für diesen letzteren Theil der männlichen und weiblichen Krankenpflegepersonen wird die Einführung eines einheitlichen staatlichen Befähigungsnachweises von ganz besonderer Bedeutung sein, weil sie ein ausgezeichnetes und sehr wirksames Mittel an die Hand giebt, um hier die wirklich leistungs- fähigen und tüchtigen Elemente von den weniger geeigneten abzu- heben.

Was nun schliesslich die Frage anlangt, welche Form des staat- lichen Befähigungsnachweises die zweckentsprechendere und praktisch durchführbarere sei, die obligatorische oder die fakultative, so möchten wir dazu neigen, uns für die letztere Form auszusprechen. Es hat an sich unzweifelhaft etwas sehr Bestechendes, sich die Sach- lage so vorzustellen, dass der Staat ganz allgemein die Zulassung zur Ausübung des Krankenpflegeberufes von der Erbringung eines einheit- lich geordneten Nachweises der Befähigung, von dem Bestehen einer nach gesetzlich festgelegten, sachkundig fundirten Grundsätzen erfol- genden Prüfung abhängig machen würde, der sich alsdann sowohl die Mitglieder der verschiedenen Genossenschaften als auch die selbst- ständigen Pflegepersonen unterziehen müssten. Eine solche Gestaltung der Sache sich als zweckmässig und wünschenswerth vorzustellen, dazu könnte schon ein naheliegender Vergleich des Krankenpflegeberufes mit dem ärztlichen oder dem Hebammenberufe Veranlassung bieten, für welche Berufsarten ein obligatorischer Befähigungsnachweis bereits seit längerem besteht. Wenn man aber neben der verlockenden Theorie und Analogie auch den praktischen Verhältnissen der Gegenwart und der allernächsten Zukunft hinreichend Rechnung tragen will, so wird man sich sagen müssen, dass sich der baldigen Einführung eines obligatorischen Befähigungsnachweises für die Krankenpflege doch recht erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen würden, deren Ueberwindung sich für die nächste Zeit kaum in Aussicht stellen lässt. Es kann nicht als wahrschein- lich angesehen werden, dass die Vorstände sämtlicher geistlichen und weltlichen Genossenschaften, deren Mitglieder sich in der Kranken- pflege bethätigen, sich demnächst bereit erklären werden, ihre Ange-

hörigen zwangsweise einer Befähigungsprüfung zu unterziehen, weil sie hierin eine nicht ausreichend begründete Einschränkung ihrer Freiheit erblicken würden, indem sie sich dabei auf ihren altbewährten Ruf stützen. Demgegenüber erscheint die Möglichkeit der Einführung eines fakultativen Befähigungsnachweises für die Krankenpflege als eine wohlbegründete und aussichts-volle. Diese staatliche Maassnahme liesse sich schon in der Gegenwart sehr wohl durchführen, ohne dabei von irgend einer Seite auf erheblichen Widerstand zu stossen. Sie würde zwar nicht uns der einheitlichen Gestaltung der Krankenpflegetruppen so nahe bringen, als es ein obligato-rischer Befähigungsnachweis herbeiführen würde, aber sie hätte doch schon ausserordentlich viel Gutes im Gefolge und würde dazu dienen, das Niveau der Krankenpflege ganz wesentlich zu heben. Unter Vermeidung aller Schroffheit den Genossenschaften gegenüber, würde damit zunächst die dringendste Aufgabe gelöst, den Berufsstand der ausserhalb der Ge-nossenschaften wirkenden Pflegepersonen in gesunde Verhältnisse über-zuführen und der Allgemeinheit einen gewichtigen Anhalt darzubieten für ihre hinreichende Leistungsfähigkeit. Darüber hinaus aber würde auch für Angehörige von Krankenpflegegenossenschaften die Möglich-keit geschaffen, sich freiwillig der Erbringung des staatlichen Be-fähigungsnachweises zu unterziehen, falls sie hieran Interesse nehmen. Vielleicht können diese Ausführungen ein wenig dazu beitragen, dass diese wichtigen Fragen, an deren Lösung die Bevölkerung ein hervor-ragendes Interesse hat, recht bald in gedeihlicher und wirksamer Weise eine praktische Förderung erfahren.